

Forderungen zur bayerischen Kommunalwahl 2026

Im Folgenden spiegelt der Bayerische Elternverband die Bedürfnisse von Eltern und Kindern in Form von Forderungen an die Kommunalpolitik. Die Kommunen, also die Gemeinde, die Stadt bzw. der Landkreis, sind für vieles zuständig, was unseren Alltag betrifft. Meist sind sie auch Träger der Bildungseinrichtungen. Somit können insbesondere die Kommunen direkt und schnell Veränderungen bewirken, die unmittelbar Auswirkung auf unser Leben und Zusammenleben haben.

Am 8. März 2026 werden die Mitglieder der Gemeinde- bzw. Stadträte, der Kreistage und in der Regel auch die ersten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie die Landrätinnen und Landräte gewählt. Anhand unseres Forderungskatalogs kann jede bzw. jeder Wahlberechtigte selbst prüfen, welche Kandidatin bzw. welcher Kandidat, welche Vereinigung oder Partei sich in besonderem Maße für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien einsetzt und tragfähige Lösungen bietet. Wo Letztere fehlen, sollten diese jetzt eingefordert werden.

Dies sind unsere „Wahlprüfsteine“:

1. Betreuungsmöglichkeiten

Zentraler Punkt für die Organisation des Familienalltags aber auch für die Familien- und Karriereplanung sind die Betreuungsmöglichkeiten in Krippe, Kindergarten, Schule und Hort. Wenn das Angebot an Quantität und Qualität nicht den Bedürfnissen der Familien entspricht, entstehen schnell familiäre Krisensituationen. Deshalb fordern wir:

- bedarfsgerechter Ausbau an Betreuungsplätzen (Krippenplätze, Kindergartenplätze, Nachmittagsbetreuung für die Jahrgangsstufen 1-6)
- Ausbau ganztägiger Ferienbetreuungsangebote, die mit der Arbeitsrealität von Eltern vereinbar sind, d. h. qualitativ hochwertige Programme statt kurzzeitiger Kurse von nur wenigen Stunden
- verlässliche Betreuungszeiten durch ausreichendes Personal
- ganzheitliche aber für Familien passgenaue, modular aufgebaute Ganztagskonzepte mit klarer Kernzeit von 8 bis 16 Uhr auch für die Ferienbetreuung im Rahmen des kommenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab September 2026

Vorbild könnte der „Pakt für den Ganztag“ des Hessischen Schulgesetzes sein, vgl. <https://kultus.hessen.de/schulsystem/ganztagsprogramm-des-landes-hessen/pakt-fuer-den-ganztag>

- bezahlbare Betreuungsplätze
- neue Personalkalkulationsschemata, die die tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation zugrunde legen und damit nur Zeiten für die unmittelbare Tätigkeit am Kind berücksichtigen und keine Vorbereitungs-, Gremien-, Fortbildungs- und Krankheitszeiten

- Festlegung eines verbesserten Anstellungsschlüssels seitens der Kommunen falls in der Gruppe mehr Sprachförderung nötig ist (z. B. statt 1:10 besser 1:8)
- Sicherstellung der Betreuungsqualität durch ausreichend qualifiziertes Personal
- verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Kita-Beschäftigte zu allen relevanten Themen, z. B. Entwicklungspsychologie & Pädagogik, Beziehungsarbeit & emotionale Kompetenz, Prävention von pädagogischem Fehlverhalten etc.
- gezielte Unterstützung frühkindlicher Bildung durch ausreichend Personal, integrierte Sprachförderung, Elternprogramme und Einbindung von Familienzentren
- Sprachförderung, die kontinuierlich und systematisch in allen Alltagssituationen der Kita stattfindet und nicht als isoliertes Förderprogramm mit wenigen Stunden Sprachkurs in der Woche
- gezielte Förderung der kindlichen Motorik, um den zunehmenden Entwicklungsproblemen zu begegnen
- Aufenthaltspotenziale für Kinder in der Natur / im Freien als Qualitätsmerkmal in den Blick nehmen

2. Schul- / Kitabauten

Wenn der Zustand der Gebäude der Bildungseinrichtungen den Stellenwert von Kindern in der Gesellschaft widerspiegelt, scheinen uns Kinder oftmals egal zu sein. Als Elternverband stellen wir die Kinder in den Mittelpunkt und fordern deshalb:

- Verbesserung des baulichen Zustands der Schulen (Renovierung, Sanierung und Modernisierung), und zwar unverzüglich, wenn Dach oder Fenster undicht oder kaputt, Sanitäranlagen in schlechtem Zustand oder Heizungen marode sind
- kind- und lerngerechte Neubauten bzw. Ausstattung, die den aktuellen Stand der Forschung widerspiegelt, hierzu müssen Ausschreibungen Architekten mit entsprechender Zusatzqualifikation fordern.
Mehr Anregungen unter: <https://www.montag-stiftungen.de/service/medien/leitlinien-fuer-leistungsfaeihige-schulbauten-in-deutschland>
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen: stufenloser Zugang, Rampen, breite Türen und Aufzüge, behinderungsgerechte Toiletten und Pflegebereiche, kontrastreiche Gestaltung und visuelle bzw. taktile Leitsysteme für Sehbehinderte, akustische Verstärkersysteme für Hörbehinderte, höhenverstellbare, unterfahrbare Tische, variable Bestuhlung, Ruhe- oder Rückzugsräume für Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Konzentrationsbedarf oder psychischen Belastungen
- mehr Bewegungsanreize bietende und weniger versiegelte Flächen auf Pausenhöfen bzw. Außenanlagen
- Dach-, Fassaden- und Pausenhofbegrünung gegen die Hitze Problematik
- technischen Infektionsschutz an Schulen verbessern: Lüftungssysteme, Toilettenhygiene, Verpflegung
- bauliche Schallschutzkonzepte für bessere Arbeits- und Lernbedingungen
- Renovierung bzw. Neubau von Turnhallen, wenn an der Schule keine nutzbare Turnhalle existiert, um Kürzungen und Ausfall von Sportunterricht zu vermeiden
- ausreichendes Angebot an Schwimmbädern, um die Durchführung von Schwimmkursen und Schwimmunterricht in den Schulen zu gewährleisten

3. Partizipation

Eine stärkere Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglicht Selbstwirksamkeitserfahrung, die das Miteinander und die Demokratiefähigkeit der jungen Menschen stärkt. Deshalb fordern wir:

- Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben, z. B. durch Einführung von Jugendbeiräten, eines Jugendparlaments etc.
- verpflichtende Jugendbeteiligung bei der Stadtplanung, z. B. bei Spielplätzen, Verkehr, Kultur, Jugendzentren etc.
- Verpflichtung zur Erlangung des Siegels „kinderfreundliche Kommune“, um einheitliche Standards zu gewährleisten
vgl. <https://www.kinderfreundliche-kommunen.de>

4. Gesundheit

Kinder, Erzieher und Lehrkräfte verbringen einen Großteil des Tages in der Schule bzw. Kita. Diese Zeit hat maßgeblich Einfluss auf deren physisches wie psychisches Wohlbefinden. Deshalb fordern wir:

- Darreichen von gesunder und vollwertiger Kost, um gesundes Aufwachsen von Kindern zu unterstützen und das Wissen um eine gesunde Ernährung zu bewahren, denn immer mehr Familien können sich eine gesunde Ernährung nicht leisten. Frischzubereitungsküchen sollten bevorzugt und bei Neubauten berücksichtigt werden.
- Subventionierung des Schulessens, damit es für Eltern bezahlbar bleibt und Programme wie Schulfrühstück oder Schulobst erhalten bleiben
vgl. <https://www.gemeinsamgutessen.de/service/aktuelles/daenemark-beschliesst-pilotprojekt-fuer-kostenlose-schulmahlzeiten>
- Stärkung der kommunalen Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche
- ausreichende Unterstützung der Eltern bei der Suche nach Ärzten, Psychotherapeuten oder Kinderpsychiatern durch z. B. kommunale Lotsensysteme
- schulbezogene Präventionsprogramme, z. B. gegen Mobbing, negativen Stress, Mediensucht, Fehlernährung, Bewegungsmangel etc.
- Beschaffung bzw. Subventionierung von „Handygaragen“ in Schulen, um einen störungsfreien Unterricht zu ermöglichen
- mehr multiprofessionelle Teams in den Schulen und im Ganztag zur Entlastung der Lehrkräfte und Erzieherinnen bzw. Erzieher, dies schließt ausdrücklich nichtpädagogisches Personal wie Verwaltungskräfte oder IT-Fachleute ein
- mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen an die Schulen, die dann auch dort erreichbar sein müssen
- ganzheitliche Zusammenarbeit der multiprofessionellen Teams, die das Kind und dessen Lernerfolg in den Mittelpunkt stellt
- Schaffung eines kindzentrierten Klimas in Kita und Schule, denn Wohlfühlen ist eine Voraussetzung für gelingendes Lernen
- Einführung eines Beschäftigte und Kinder umfassenden betrieblichen Gesundheitsmanagements mit externer Evaluation in Kita und Schule
- engmaschige kommunale Kontrollen der Einhaltung der Betriebserlaubnis der Bildungseinrichtungen, z. B. alle drei Jahre, um Fehlentwicklungen und Sanierungsstau vorzubeugen

5. Schulwegsicherheit / Schülerbeförderung

Jeder Unfall ist einer zu viel, dennoch steigt die Zahl der Schulwegunfälle. Besonders betroffen sind Fahrradfahrer aufgrund nicht vorhandener oder gefährlicher Radwege. Auch übermäßig frühes Aufstehen aufgrund unzureichender Beförderungsmöglichkeiten kann die Gesundheit beeinträchtigen und ist nicht lernförderlich. Beides zu verbessern, haben primär die Kommunen in der Hand. Deshalb fordern wir:

- sichere kommunale Wegkonzepte für den Weg zu Kita und Schule durch z. B. 30er-Zonen, verkehrsberuhigte Bereiche, beleuchtete Wege, gut sichtbare durch Ampeln oder Zebrastreifen abgesicherte Querungsstellen, sichere Radwege, „Elternhaltestellen“ in der Nähe von Schulgebäuden
- konsequentere Verkehrskontrollen, insbesondere in der Nähe von Schulgebäuden
- mehr Sicherheit an Haltestellen
- Maßnahmen gegen „Elterntaxi“ durch z. B. Aufklärung und Alternativangebote
- sichere, nicht privatwirtschaftlich orientierte, kommunale bedarfs- und kindgerechte Schülerbeförderung, die optimal auf die Schulzeiten abgestimmt ist

6. Digitalisierung / digitale Bildung

Digitalisierung kann vieles erleichtern und neue Möglichkeiten eröffnen. Digitalisierung um der Digitalisierung willen lehnen wir jedoch ab. Somit fordern wir:

- Digitalisierung der kommunalen Verwaltung (digitales Rathaus), um Eltern den Gang ins Rathaus zu ersparen und sie damit vom Zwang zur Einhaltung von Geschäftszeiten zu entlasten. Dies entlastet auch die kommunalen Verwaltungsmitarbeitenden.
- Betreuung der Schul-IT durch kommunale IT-Fachkräfte zur Entlastung der Lehrkräfte
- Beschaffung, Installation und Instandhaltung moderner und bedarfsgerechter IT-Infrastruktur für die Schulen mit besonderem Blick auf ein stabiles WLAN
- Bereitstellung digitaler Kommunikationswege für Schulen und Kita, insbesondere dienstliche E-Mail-Adressen für Personal und Elternvertreter
- Leihgerätepools für Schulen anstatt elternfinanzierter Geräte bei der 1:1-Ausstattung im Rahmen der „Digitalen Schule der Zukunft“
- Sicherstellung einer datenschutzkonformen und souveränen Nutzung von Endgeräten, digitalen Inhalten und Plattformen in der Schule, durch z. B. vorrangige Nutzung der BayernCloud Schule, keine Bindung an Microsoft- oder Apple-Produkte, Sperrung Sozialer Medien als Voreinstellung

7. Vernetzung

Laut Art. 2 Abs. 5 des bayerischen Schulgesetzes „ist die Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld zu fördern. Die Öffnung erfolgt durch die Zusammenarbeit der Schulen mit außerschulischen Einrichtungen, insbesondere mit Betrieben, Sport- und anderen Vereinen, Kunst- und Musikschulen, freien Trägern der Jugendhilfe, kommunalen und kirchlichen Einrichtungen sowie mit Einrichtungen der Weiterbildung.“ Hierzu braucht es

- eine gut vernetzte Kommune, die die Zusammenarbeit von Schulen, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wirtschaft in der Region initiiert und im Sinne gelingender Bildungsbiografien aktiv fördert, um einen optimalen Schulabschluss und Übergang in Ausbildung oder Studium zu ermöglichen.

8. Freizeitmöglichkeiten

Außerhalb von Bildungseinrichtungen sollten Kinder und Jugendliche Möglichkeiten zu außerschulischen Bildungsangeboten, zu körperlicher Ertüchtigung, zum Erleben von Freude, Gemeinschaft, Natur und Selbstwirksamkeit und damit zu persönlichkeitsbildenden Angeboten erhalten. Deshalb fordern wir:

- attraktive und erschwingliche Mobilitätsangebote für Kinder und Jugendliche, insbesondere auf dem Land bzw. im strukturschwachen Raum, z. B. durch Stärkung des Nahverkehrs, vergünstigte oder kostenlose ÖPNV-Angebote, Zuschüsse zum Deutschlandticket, 365 Euro-Ticket etc.
- Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche durch vergünstigte bzw. kostenlose Angebote von Museen, Bibliotheken, Kunstwerkstätten oder Konzerten
- kostenfreie oder stark vergünstigte Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche in den Ferien, z. B. freier oder erleichterter Zugang zu Schwimmbädern, Sport- und Kultureinrichtungen während der Ferien, evtl. Vergünstigungen für die Nutzung des ÖPNV in den Ferien
- außerschulische Bildungsangebote durch z. B: Förderung von Kunst- und Musikteilhabe
- kommunale Berufsorientierungsangebote für Kinder und Jugendliche
- Schaffung oder Erneuerung von attraktiven Spielplätzen und Sportstätten
- Förderung dezentraler kommunaler Jugendarbeit
- Schaffung von Rückzugsräumen für Kinder und Jugendliche wie z. B. Jugendzentren
- quantitativer und qualitativer Ausbau der Jugendhilfe

9. Elternarbeit

Starke Familien bilden das Rückgrat prosperierender Kommunen, sie bilden die Zivilgesellschaft, tragen die Wirtschaft und entlasten die Kommunen von Care-Arbeit. Zur Stärkung der Familien fordern wir:

- Intensivierung der Elternarbeit und aktives Miteinbeziehen aller Eltern
- Ausbau kommunaler Elterncafés, Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser
- Fortbildungsangebote zu Erziehungsfragen, Medien, Pubertät, Lernbegleitung
- Deutschlern- und Integrationsangebote
- Einbeziehen der Elternvertreter von Schulen und Kitas in die kommunalen Gremien und bei Planungen, die auch außerschulische Elterninteressen berühren
- Sicherstellung der Bildung der gesetzlichen gemeinsamen Elternbeiräte, der Unterstützung ihrer Arbeit und der Mitwirkung in kommunalen Gremien sowie bei der Planung von Vorhaben, die in ihre Zuständigkeit fallen